

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Christopher Vogt, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 329 / 2017
Kiel, Mittwoch, 29. November 2017

Kommunales
/Straßenausbaubeiträge

Stephan Holowaty: Kritik der Kommunen und Verbände bestätigt den Handlungsbedarf bei den Straßenausbaubeiträgen

Anlässlich der mündlichen Anhörung heute im Innen- und Rechtsausschuss zum Thema Straßenausbaubeiträge erklärt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Stephan Holowaty**:

„Die mündliche Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss hat bestätigt, dass die Jamaika-Koalition beim Thema Straßenausbaubeiträge auf dem richtigen Kurs ist. Viele Kommunen und Verbände übten heute deutliche Kritik an der Erhebungspflicht - das zeigt, wie dringend der Handlungsbedarf dort ist und wie sehr sich die Betroffenen freuen, dass die seit langem von der FDP geforderte Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen endlich in greifbare Nähe rückt.

Bestätigt fühlen wir uns auch von Aussagen der Verwaltungsrechtsexperten, dass die Erhöhung der Grundsteuer in ihrer heutigen Form kein geeignetes Instrument ist, um Straßenausbau zu finanzieren. Gleiches gilt im Übrigen nach Meinung der angehörten Bürgermeister für wiederkehrende Beiträge. Auch wir Freie Demokraten wollen keine Verlagerung von Belastungen auf andere Steuern oder Abgaben.

Aus diesem Grund wollen wir in einem ersten Schritt die Erhebungspflicht von Straßenausbaubeiträgen abschaffen und in einem zweiten Schritt den kommunalen Finanzausgleich neu ordnen und ein verfassungskonformes Finanzausgleichsgesetz schaffen. So werden wir einen vernünftigen Straßenausbau mit einer gerechten Finanzierung und größtmöglicher Entlastung für Bürger und Kommunen schaffen.“